Deutscher Bundestag **Drucksache 14/5675**

14. Wahlperiode 28. 03. 2001

Antrag

der Abgeordneten Ulrich Heinrich, Rainer Funke, Marita Sehn, Hans-Michael Goldmann, Gudrun Kopp, Ina Albowitz, Hildebrecht Braun (Augsburg), Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Horst Friedrich (Bayreuth), Joachim Günther (Plauen), Dr. Karlheinz Guttmacher, Klaus Haupt, Walter Hirche, Birgit Homburger, Dr. Heinrich L. Kolb, Jürgen Koppelin, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Dr. Irmgard Schwaetzer, Dr. Max Stadler, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Dieter Thomae, Jürgen Türk, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der F.D.P.

Fleischvernichtung stoppen – hungernden Menschen helfen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Einerseits hat die Bundesregierung erst in der vergangenen Woche eine Staatszielbestimmung Tierschutz im Grundgesetz gefordert. Die F.D.P. unterstützt das und wird erneut die Initiative zur Verankerung des Tierschutzes als Staatsziel im Grundgesetz ergreifen.

Andererseits soll die von der Bundesregierung angekündigte neue Agrarpolitik ausgerechnet mit einem sinnlosen Vernichten von hunderttausenden Rindern im Rahmen des ersten EU-Schlachtprogramms beginnen. Weitere Schlachtungen mit anschließender Vernichtung des Fleisches sollen in einem zweiten EU-Schlachtprogramm folgen. Das ist ethisch verwerflich und aus Tierschutzgründen strikt abzulehnen. Zudem gibt es Alternativen zu diesem sinnlosen Vernichten von Rindfleisch. Die Fraktion der F.D.P. hat bereits mit einem Antrag im Deutschen Bundestag die Bundesregierung aufgefordert, ihren eingeschlagenen Irrweg zu verlassen und stattdessen z. B. den hungernden Menschen in Nordkorea das hochwertige Fleisch zur Verfügung zu stellen. Dort wird mit Hilfslieferungen kein Markt zerstört. Durch die zugesagte Verteilung des Fleisches über Hilfsorganisationen wird ein Missbrauch zudem weitestgehend ausgeschlossen.

Außerdem sind in Zeiten der Maul- und Klauenseuche zusätzliche Tiertransporte abzulehnen. Sie erhöhen das Risiko der Seuchenverbreitung. Schließlich läuft das Rinder-Schlachtprogramm ohnehin wegen der niedrigen Ankaufpreise nur schleppend an. Vor dem Hintergrund der Entwicklung der Maul- und Klauenseuche in Großbritannien und der damit eingetretenen Fleischknappheit erscheinen die EU-Schlachtprogramme ohnehin fragwürdig und möglicherweise überflüssig.

Der Deutsche Bundestag fordert daher die Bundesregierung auf,

das Vernichten von hochwertigem Rindfleisch im Rahmen der beschlossen EU-Schlachtprogramme unverzüglich zu stoppen und hungernden Menschen durch ethisch vertretbare und mit dem Tierschutz zu vereinbarenden Maßnahmen zu helfen.

Berlin, den 27. März 2001

Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333